

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter Boehringer, Marcus Bühl, Dr. Michael Ependiller, Ulrike Schielke-Ziesing, Wolfgang Wiehle, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, Kay Gottschalk, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3526, 20/3527, 20/3528 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023
(Haushaltsgesetz 2023)**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Deutschland droht in eine Rezession, möglicherweise sogar in eine Depression zu fallen. Politische Fehlleistungen wie die Corona-Maßnahmen, der Umgang mit dem Ukraine-Krieg und die Sanktionspolitik gegenüber Russland sorgen für massive wirtschaftliche Probleme. Die Dauerbelastung unserer Bürger und Unternehmen durch die vollkommen verfehlt Energiepolitik sowie überhöhte Steuern und Abgaben verringern zusätzlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes.
 2. Die stark ansteigenden Energiepreise treiben die Verbraucherpreise und es ist kein Ende in Sicht. Arbeitnehmerverbände fordern demzufolge nicht ganz zu Unrecht zweistellige Lohnerhöhungen. Die steigenden Faktorpreise sorgen jedoch für zusätzliche Produktionskürzungen bei den Unternehmen. Es kommt zu immer weitreichenderen Unterbrechungen heimischer Lieferketten und zu Angebotsverknappungen, was die Inflation, zunächst bei den Erzeugerpreisen und immer stärker auch bei den allgemeinen Verbraucherpreisen, zusätzlich anheizt. Diese Rückkopplungseffekte zwischen sinkender Wirtschaftsleistung und steigender Inflation bedrohen die Substanz der deutschen Volkswirtschaft. Unzählige Kleinbetriebe sowie Unternehmen aus Industrie und Mittelstand ringen gegenwärtig um ihre Existenz.

3. Die Bundesregierung muss endlich das ihr Mögliche tun, um die beschriebene Abwärtsspirale hin zu einer Depression zu verhindern. Dies kann jedoch nur im Wege der Ursachenbekämpfung geschehen. Eine symptomatische Kur ist im vorliegenden Fall nicht dauerhaft finanzierbar. Man kann die mit Energieknappheit und Inflation verbundenen Wohlstandsverluste zwar mit Krediten zudecken, aber nicht ersetzen – auch weil die Inflation durch die zusätzliche Kreditaufnahme ja weiter befeuert wird.
4. Um eine soziale Katastrophe in diesem Land zu verhindern, ist somit eine Kehrtwende in zahlreichen Bereichen der Bundespolitik unumgänglich. Dabei steht die Bundesregierung vor allem in der Pflicht, die Energieversorgung Deutschlands zuverlässig und dauerhaft zu sichern. Kurzfristig kann dies einzig und allein durch die Inbetriebnahme der nach dem Terroranschlag noch intakten Röhre von Nord Stream 2 erreicht werden, was eine weitgehende Rücknahme der Sanktionspolitik impliziert. Überdies sind auch die Energieträger Kernkraft und Kohle sowohl kurzfristig und dauerhaft in den Energiemix einzubeziehen, sowohl im Wege der Laufzeitverlängerungen als auch durch den Bau neuer Kraftwerke. Alternative Maßnahmen wie etwa die planwirtschaftlich anmutende Einschränkung des Energieverbrauchs haben demgegenüber rein kosmetischen Charakter. Der Gang in die offene Planwirtschaft, wie er mit der Strom- und Gaspreisbremse sowie den zunehmenden Verstaatlichungen vorgezeichnet ist, stellt ebenfalls keine Lösung des Problems dar, sondern führt dieses Land auf genau jenen Pfad, auf dem alle sozialistischen Experimente bisher gescheitert sind und zwangsläufig scheitern müssen.
5. Ferner ist, um die Folgen der Inflation abzumildern, für eine schnelle Entlastung bei den staatlichen Bestandteilen der Energiepreise zu sorgen. Auch die Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel sollte vorübergehend ausgesetzt werden mit der Maßgabe, dass die Bundesregierung in dieser Zeit die Ursachen der Preissteigerungen angeht und soweit möglich beseitigt. Um die Leistungsträger zu entlasten, bedarf es zudem weiterer Anpassungen bei der Einkommensteuer. Die entsprechenden Einnahmeausfälle sind jedoch nicht durch Kredite, sondern durch Einsparungen zu kompensieren, so dass zum einen die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse gewährleistet ist und sich zweitens die Wirtschaftskräfte dieses Landes wieder besser entfalten können, um nachhaltigen Wohlstand zu sichern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

dem Deutschen Bundestag zeitnah einen neuerlichen Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 zur Beratung vorzulegen und in diesem Entwurf

- Einsparungen im Kernhaushalt im Umfang von mindestens 30 Milliarden Euro im Vergleich zum beschlossenen Haushalt vorzuschlagen;
- keine neuen Kreditaufnahmen, weder im Kernhaushalt noch in den Sondervermögen, vorzusehen;
- die sogenannte Rücklage im Haushalt im Umfang von 48,2 Milliarden Euro vollständig aufzulösen;
- angesichts der dramatischen Teuerungsraten den Grundfreibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer auf 12.600 Euro anzuheben;
- die Umsatzsteuer auf Lebensmittel, Treibstoffe und Energie bis zum 30. April 2023 auszusetzen und bis zu diesem Zeitpunkt die Energiearmut durch Einbindung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen, inklusive Kohle, Kernkraft und Gas zu beenden;

- die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag zu streichen und diesen aufgrund seiner fehlenden Legitimation unverzüglich vollständig abzuschaffen;
- auf Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zu verzichten und in diesem Zuge zur Entlastung der Bürger und zum Erhalt des Wirtschaftsstandorts Deutschland schnellstmöglich aus dem Treibhausgasemissionshandel auszusteigen und einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes vorzulegen;
- den Energie- und Klimafonds gänzlich aufzulösen und in diesem Zuge die Politik zur „Bekämpfung“ des Klimawandels aufzugeben und durch eine Strategie der Anpassung an den Klimawandel zu ersetzen;
- die Titel aus dem Energie- und Klimafonds, die im Zuge dieser Strategieanpassung erhalten bleiben können, in die jeweiligen Einzelpläne der zuständigen Ressorts umzusetzen;
- den Wirtschaftsstabilisierungsfonds gänzlich aufzulösen und in diesem Zuge die Politik der Preisdeckelung bei Strom und Gas durch eine Offenhandelspolitik insbesondere auch mit Russland zu ersetzen;
- alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die bestehenden Kernkraftwerke in Deutschland dauerhaft am Netz zu lassen, die stillgelegten Kernkraftwerke soweit möglich zu reaktivieren und die Voraussetzungen für den Bau von modernen Kernkraftwerken der vierten Generation zu schaffen;
- auch die Kohlekraftwerke in Deutschland dauerhaft in die Energieversorgungsplanung einzubeziehen und den Ausstieg aus der Kohleförderung zu revidieren;
- auf die Einführung des Bürgergeldes zu verzichten und dem Lohnabstandsgebot dauerhaft Rechnung zu tragen;
- auf die Einführung einer Aktienrente zu verzichten;
- auf weitere Zahlungen und Waffenlieferungen an kriegführende Nationen zu verzichten und auch die indirekte Kriegsfinanzierung etwa über Ringtausche oder über die sogenannte EU-Friedensfazilität auszuschließen;
- keine weiteren Ausgaben mehr für die Beschaffung von Impfstoffen zu veranschlagen und auch die Unterstützung der internationalen Impfkampagnen einzustellen;
- die bestehenden Abnahmeverpflichtungen von Impfstoffen gegenüber den Impfstoffherstellern aufzukündigen;
- die Ausgaben für Entwicklungshilfe und andere Zuwendungsempfänger im Ausland drastisch zu reduzieren;
- bei der Migrationspolitik wieder verstärkt auf Remigration zu setzen, das geltende Aufenthaltsrecht durchzusetzen;
- die sogenannte humanitäre Seenotrettung im Mittelmeer, welche einer gezielten Finanzierung von Schlepperorganisationen entspricht, umgehend zu beenden und stattdessen Asylzentren in den Maghreb-Staaten aufzubauen;
- die Finanzierung der Parteien wieder auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß zu reduzieren;
- die Finanzierung der Jugendorganisationen ausgewählter politischer Parteien einzustellen;
- die Finanzierung von Organisationen des politischen Vorfelds einzelner Parteien drastisch zu reduzieren und dabei sowohl auf die Verfassungskonformität als auch auf den zu erwartenden Nutzen für die Allgemeinheit zu achten;

- die Finanzierung der politischen Stiftungen auf die Globalzuschüsse des Einzelplans 06 zu beschränken, diese Stiftungsförderung insgesamt in Zukunft wieder angemessener zu gestalten und dabei alle langfristig ins Gewicht fallenden politischen Strömungen zu berücksichtigen;
- den permanenten Stellenaufwuchs in der Regierung und den Bundesbehörden zu stoppen und durch eine langfristige Strategie des Personalabbaus und der Staatsverschlinkung zu ersetzen.

Berlin, den 22. November 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion